

# Das große Schweigen nach dem Säure-Anschlag



So titelt die Rheinische Post in einem bemerkenswerten Artikel, der sich mit den Reaktionen (oder besser: Nicht-Reaktionen) auf den furchtbaren Schwefelsäureanschlag des Türken Serhat K. (22) und des Syrers Alan K. (18, Foto) auf Reyhan C. aus Hilden am 29. Dezember befasst ([PI berichtete](#)). „Obwohl kein vergleichbarer Fall in der Region bekannt ist, äußern sich Politiker und Muslime nicht von sich aus zu der Tat“, kritisiert die Zeitung.

[Und weiter:](#)

*[...] obwohl nun mitten in der Itterstadt – in einer Wohnsiedlung am Albert-Schweitzer-Weg nicht weit vom S-Bahnhof Hilden-Süd entfernt – ein Säureattentat verübt wurde, herrscht hier das große Schweigen.*

*Politiker, die sonst jeden Besuch einer Reisegruppe vermelden, bleiben stumm und äußern sich erst auf Nachfrage widerwillig, genauso muslimische Vereine. Dabei könnten sie gerade jetzt Akzente setzen und sich klar positionieren.*

*Aus der Bevölkerung hingegen werden jede Menge Stimmen laut, die einen klaren Zusammenhang zwischen der Tat und der türkischen Herkunft von Opfer und Täter sehen sowie dem Bild der Frau in muslimischen Kulturkreisen. Stimmen, die bezweifeln, dass die Integration dieser Zuwanderer gelungen*

*ist. Stimmen, die großen Handlungsbedarf sehen, um ähnliche Taten zu verhindern.*

*Auch Gespräche mit Türken, die sich selbst als integriert betrachten, sorgen zum Teil für Stirnrunzeln. „Er hätte sie doch nur schlagen und nicht gleich mit Säure übergießen müssen“, bekommt man da zu hören. Oder: „Einige sagen, sie hätte es verdient.“ Journalisten, die bei Kulturvereinen Stellungnahmen erbitten, müssen erst die genauen Hintergründe der Tat schildern („Hat der Mann das selbst ausgeführt oder einen Freund beauftragt?“, „War er eifersüchtig?“), ehe als Antwort kommt: „So etwas ist nicht schön.“*

### **Nicht schön?**

*Nicht schön ist ein ungepflegter Garten. Doch ein Säureattentat sollte jeder, egal aus welchem Kulturkreis, vehement ablehnen, ohne erst die näheren Umstände zu erfahren. Solche Antworten werfen in der Tat die Frage auf, inwiefern die Integration bestimmter Zuwanderergruppen erfolgreich ist.*

*Natürlich kann Eifersucht in jedem Volk zu schlimmen Verbrechen führen. Nicht umsonst wurde in Deutschland ein Stalkinggesetz verabschiedet, das – in der Regel – Frauen vor ihren Ex-Partnern schützen soll. Doch selbst zu Äußerungen in diese Richtung scheinen Politiker und muslimische Vereine nicht von sich aus bereit zu sein. Dabei wäre es jetzt die Gelegenheit, die stärkere Anwendung des Gesetzes zu fordern und so weitere Taten – egal in welchem Kulturkreis – in Deutschland und damit auch in Hilden oder Langenfeld zu verhindern.*

*Das Säureattentat ist traurig, das große Schweigen derer, die Veränderungen herbeiführen könnten, ein Trauerspiel.*

Es kommt selten genug vor, dass sich eine Zeitung bei solchen Gräueltaten derart kritisch zum Schweigen der muslimischen

Community positioniert – dafür gebührt ihr Dank.

» [redaktion@rp-online.de](mailto:redaktion@rp-online.de)

(Spürnase: Bernd B. und Michael)

---



## 1239 Straftäter aus Saudi-Arabien nach Syrien



Saudi-Arabien soll im letzten Jahr 1239 zum Tode durch Köpfen verurteilte Straftäter aus den Gefängnissen freigelassen und nach Syrien geschickt haben, damit diese dort für den Jihad ausgebildet werden, um dann gegen die Regierungstruppen zu kämpfen. Wie die Neue Online Presse in ihrem Artikel „[Freispruch gegen Mord](#)“ berichtet, soll auch die Türkei ähnlich verfahren, was ein

absoluter Skandal und ein Fall für den Internationalen Strafgerichtshof wäre.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Unfassbar, was das Mutterland des Islams so alles treibt:

*Ein offizielles saudisches Dokument enthüllt, dass zum Tode verurteilte Schwerverbrecher aus saudischen Gefängnissen zum Einsatz in Syrien gekarrt werden um gegen Assads Soldaten im Kampf anzutreten. Dies erfüllt alle Merkmale eines Kriegsverbrechens und könnte die saudische Regierung, zumindest theoretisch, vor den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag bringen. Ebenfalls mit von der Partie, die Türkei, die offenbar derselben Praxis frönt. Der für Presse- TV und Al Alam tätige Journalist Maya Naser war am 26. September dieses Jahres in Damaskus von einem Heckenschützen durch einen Halsschuss ermordet worden, als er bei seinen Recherchen eben dieser Story auf der Spur war. Mit ihm verletzt wurde sein Kollege Hussein Mortada, der den Anschlag jedoch überlebte. Zuverlässigen Quellen zufolge sollen die beiden verantwortlichen Scharfschützen exakt zwei Stunden vor den Anschlägen in Position gebracht worden sein. Als Naser über zwei Bombenexplosionen berichtete, ereilte ihn dann sein Schicksal. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass dies kein Zufall war.*

Saudi-Arabien und die Türkei gemeinsam Hand in Hand bei der Terror-Unterstützung mit freigelassenen hochgefährlichen Strafgefangenen, eine saubere Allianz. Sie liefern eine illustre Truppe nach Syrien, die dort fröhlich vor sich hinmetzelt:

*Die Gruppe der enttarnten Frontsträflinge umfasst 105 Jemeniten, 21 Palästinenser, 212 Saudis, 96 Sudanesen, 254 Syrer, 82 Jordanier, 68 Somalis, 32 Afghanen, 194 Ägypter, 203 Pakistanis, 23 Iraker und 44 kuwaitische Staatsbürger. Die Verbrecher waren vor ihrem Einsatz noch einer schnellen*

*Schulung unterzogen worden in unkonventioneller Kriegsführung, Terrorismus und Jihadismus. Es darf zudem davon ausgegangen werden, dass dies nicht die einzige Sträflingstruppe in diesem schmutzigen Spiel ist. Dass es sich hierbei um einen groben Verstoß gegen die Genfer Konventionen handelt, interessiert offenbar nicht in einer gesetzlosen Phase wie dieser. Einige der getöteten oder inhaftierten Schwerverbrecher hatten offenbar Kontakt zu Al Kaida nahe stehenden Gruppierungen.*



Es braucht sich niemand mehr über das permanente [Köpfe-Abschneiden in Syrien](#) wundern. Absolut zutreffend diese Bemerkung von Neopress:

*Und staatlich geförderter Terrorismus ist ohnehin zur Zeit derart in Mode, dass es niemandem mehr auffällt, wenn ein paar Verrückte mehr in Syrien Menschen abschlachten.*

[Hier die Meldung](#) von der Assyrian International News Agency plus arabisches Originaldokument.

---



# Das Attentat in Bulgarien und die Islamisierung



Bulgarien stand bekanntlich über 500 Jahre lang unter osmanisch-moslemischer Herrschaft, woran sich viele Bulgaren noch mit Schrecken erinnern, so dass im Zusammenhang mit der Türkei die Emotionen auch heute noch hochkochen. Vor wenigen Tagen wurde Ahmed Demir Dogan, dessen Partei „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (DPS) von der Türkei aus finanziert werden soll und türkische Interessen in Bulgarien verfolge, [mit einer Gaspistole bedroht](#), was ein entfesseltes Schlagen und Treten auf den Attentäter nach sich zog (*Foto*). Dieser Vorfall hat eine Vorgeschichte: Vor drei Jahren besuchte der türkische Außenminister Prof. Ahmet Davutoglu Bosnien-Herzegowina und hielt in Sarajevo eine aufsehenerregende Rede, in der er [das osmanische Reich wiederbeleben](#) wollte.

*(Von Georg Charakchiev)*

Hier einige wichtige Passagen aus dieser Rede:

*„Für die muslimischen Nationen auf dem Balkan, Kaukasus und Nah Osten ist die Türkei eine Art sichere Zuflucht, Heimat. Warum ist das so? Auf Grund des Erbes der osmanischen Vergangenheit. Ja, alles was auf dem Balkan, Kaukasus und Nahen Osten passiert, ist unser Problem.*

*Wenn ich in Ankara über einer Landkarte sitze und einen Kreis von 1000 Kilometern zeichne, befinden sich in diesem Kreis 23 Länder. Sie sind alle unsere Verwandten und erwarten hoffnungsvoll unsere Unterstützung sowie Schirmherrschaft. Deswegen beabsichtigt unsere neue Außenpolitik die Schaffung von Ordnung in allen Regionen, die uns umkreisen – auf dem Balkan, Kaukasus und Nahen Osten. Wir werden den Balkan neu integrieren. Das ist das Ziel der türkischen Außenpolitik und wir werden es erreichen.“*

Aus dieser Rede wird die neue türkische außenpolitische Doktrin klar ersichtlich. Und gleichzeitig auch, dass der Islam nicht zu Deutschland gehören darf und die Türkei auch nicht zur EU.

Am 28. September 2012 berichtete die bulgarische Nachrichtenagentur mediapool über die Verhandlungen im Gerichtsprozess in der südbulgarischen Stadt Pazardjik gegen 13 moslemische Imame, Mitglieder der illegalen Organisation „Al Waqf al Islami“ in Bulgarien. Gemäß Zeugenaussagen verfolgten die Imame das Ziel, Bulgarien in einen islamistischen Scharia-Staat umzuwandeln.

Die illegalen Strukturen der Organisation „Al Waqf al Islami“ sind im März 2008 in Bulgarien gegründet worden. Bei ihrer Neugründung war auch der Scheich Halid M. aus Saudi Arabien anwesend. Laut Nachrichtenagentur mediapool wurde diese Organisation für den Zeitraum von 2008 bis 2010 mit Geld aus dem Ausland in einer Höhe von 400.000 EURO finanziert.

Die Partei DPS (Bewegung für Rechte und Freiheit) wurde 1990 in Bulgarien gegründet. Sie wurde als reine ethnische Partei der türkischen Muslime etabliert. Gemäß der Verfassung der Republik Bulgarien, Teil 1, § 11, Pkt. 4, ist die Gründung von Parteien aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft sowie der Religion untersagt.

Am 8. Oktober 1991 wurde die Frage für die Gesetzmäßigkeit der Gründung der Partei DPS vor dem Verfassungsgericht gestellt. Mit Rücksicht auf die Vereinbarungen und Verpflichtungen gegenüber der EU-Menschenrechtskonvention wurde diese Partei zugelassen, obwohl namhafte bulgarische Juristen die Verfassungswidrigkeit dieser Partei mit Nachdruck betonten. Als erster Vorsitzender der Partei wurde Ahmed Dogan gewählt.

Dogan ist ein durch das Amt für die Aufarbeitung der Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit offiziell nachgewiesener Mitarbeiter der kommunistischen Staatssicherheit mit dem Decknamen „Agent Sava“. Dieser Multimillionär „verdient“ sein Geld nach dem Fall des Eisernen Vorhangs durch dubiose Immobilien- sowie „Konsultations“geschäfte.

Das ist derselbe Ahmed Dogan, gegen den am 19.1.2103 in Sofia während seiner Rücktrittserklärung am Parteitag ein „Attentat“ von einem 25-jährigen Moslem, dem bulgarischen Türken Oktaj Enimehmedev, verübt wurde. Ein „Attentat“, verübt mit einer nicht funktionsfähigen Gaspistole, bei einer Veranstaltung, die von Videokameras ohne Unterbrechung gefilmt wurde. Eine Veranstaltung mit eingeladenen ausländischen Gästen.

Dies ist ein äußerst seltsamer Vorfall. Es könnte sein, dass dies im Wahljahr 2013 eine Inszenierung war, um die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und – nicht zum ersten Mal – den „großen“ Vorsitzenden als Held darzustellen. Und gleichzeitig vor der Welt zu zeigen, wie intolerant, hasserfüllt und rassistisch die Bulgaren doch seien. Was natürlich unwahr ist. Wer die tausendjährige Geschichte



Bulgariens kennt, weiß, dass in all diesen Jahren die bulgarische und die moslemische Bevölkerung – zumindest die einfachen Menschen – friedlich und freundschaftlich miteinander gelebt haben.

Aber in der letzten Zeit sind die radikalen Islamisten in Bulgarien immer aggressiver und gefährlicher geworden. In vielen Ortschaften, in denen die Partei DPS die Ortsverwaltungen stellt, wird die bulgarische Bevölkerung diskriminiert. In den Behördenämtern werden Bürger, die bulgarisch sprechen, nicht bedient. Alle Ortseingangs- sowie Straßenschilder werden nur in türkischer Sprache beschriftet. Die furchtbaren Grausamkeiten der Türken im Osmanischen Reich gegenüber der christlichen Bevölkerung werden abgestritten, es wird sogar von der bulgarischen Bevölkerung verlangt, nicht darüber zu reden, als ob es das nicht gegeben hätte. Die Schulbücher sollen dementsprechend geändert oder neugeschrieben werden.

Die ethnische Partei DPS, ihre Funktionäre und Ahmed Dogan verwirklichen die neue außenpolitische Doktrin der Türkei in Bulgarien. Die Probleme mit den radikalen Islamisten sind in Bulgarien unvergleichbar größer als in einigen Großstädten in Deutschland wie Berlin-Neukölln, Kreuzberg, Duisburg oder Frankfurt. Bulgarien hat die Türkei vor seiner Haustür und muss sich ganz allein vor einem immer aggressiver werdenden radikalen Islam verteidigen.

Wo bleibt die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft? Wo bleibt die Solidarität der mittel- und westeuropäischen Länder? Wessen Menschenrechte verteidigt eigentlich Europa? Auf so eine Gemeinschaft kann man einfach verzichten.

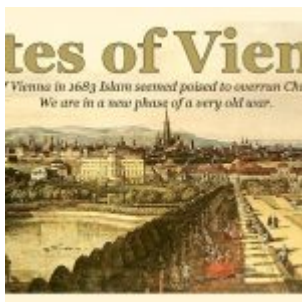
Der rasant fortschreitenden Islamisierung Europas kann nur gemeinsam begegnet werden. Oder wird erneut der Fehler vom 14. und 15. Jahrhundert wiederholt, als damals Byzanz mit Konstantinopel, das Bulgarische Reich, Serbien, Ungarn, alleine, jeder für sich, versucht haben, die Osmanen zu

stoppen? Bis sie vor den Toren Wiens standen!



Offensichtlich ist Europa nicht in der Lage, von der Geschichte zu lernen, bis es irgendwann untergeht.

Die Rede des türkischen Außenministers Prof. Ahmet Davutoglu in Sarajevo ist in bosnischer, kroatischer und serbischer Sprache [hier nachzulesen](#).



**Blog „Gates of Vienna“ ist**

# umgezogen



Der Blog *Gates of Vienna*, der vor einigen Tagen von Google gesperrt wurde, ist umgezogen und nun unter der neuen Adresse [gatesofvienna.net](http://gatesofvienna.net) erreichbar. [Wie die Betreiber mitteilen](#), ist der Blog zwar noch nicht vollständig eingerichtet, aber er funktioniert, und es kann auch bereits kommentiert werden.

Zwar ist auch die alte Blogadresse inzwischen wieder erreichbar, aber da Google innerhalb von nur einer Woche den Blog zweimal aus dem Netz genommen hat, hat man die Konsequenz gezogen, sich in Zukunft von Google unabhängig zu machen und bei der neuen Adresse zu bleiben.

Da Links von der alten Blogger-Adresse nicht automatisch weitergeleitet werden können, bittet Gates of Vienna alle Blogger und andere Nutzer, die Gates of Vienna im Netz verlinkt haben, zum Beispiel auf ihren Blogrolls, diese Links nach Möglichkeit an die neue Adresse anzupassen. Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil mit der neuen Adresse deren in Jahren aufgebaute Linkpopularität verlorengegangen ist, die für die Platzierung in Suchmaschinenergebnissen mitentscheidend ist.

PI ruft deshalb alle Leser auf, auf möglichst vielen Plattformen – in eigenen Blogs, bei Twitter, Facebook, Bookmarkdiensten und überhaupt überall, wo man Links setzen kann – auf die neue Adresse zu verweisen, und möglichst nicht nur auf die Startseite [gatesofvienna.net](http://gatesofvienna.net), sondern auch auf wichtige Artikel.

---

# Multikulti-Rocker-Razzia in Bonn-Bad Godesberg



Mit einem groß

angelegten Einsatz von etwa 260 Beamten gehen Polizei und Staatsanwaltschaft seit den frühen Morgenstunden gegen die Mitglieder der „Black Jackets Westend“, vor. Dabei handelt es sich um eine hochkriminelle Straßenbande von Jugendlichen aus der Türkei, Italien und dem ehemaligen Jugoslawien, die nach eigenen Angaben weltweit 5000 Mitglieder zählt.

*(Von Verena B., Bonn)*

Wie die Polizei mitteilt, war die „Beherrschung des Stadtteils Bad Godesberg“ das vordringlichste Ziel der „Black Jackets“. „Bereits im Sommer 2012 verdichteten sich erste Hinweise auf eine Gruppe junger Männer, die mit kriminellen Machenschaften in Bad Godesberg Fuß zu fassen suchten“, so Kriminalrat Uwe Neuser.

Mitglieder der Gruppierung haben in den letzten Monaten mehrere Polizisten massiv bedroht und Passanten auf der Straße zusammengeschlagen. „Wir gehen davon aus, dass die Tatverdächtigen nicht nur Polizeibeamte bedroht haben. Es ist zu vermuten, dass sie auch Druck auf ihre Opfer ausgeübt und

sie davor gewarnt haben, zur Polizei zu gehen und dort Anzeige zu erstatten. Neben brutalen Überfällen sollen aus der Gruppe heraus mehrere gefährliche Körperverletzungen begangen und mit Drogen gedealt worden sein. „Als Stadtteilgang wollten die ‚Black Jackets‘ Bad Godesberg beherrschen und beschützen“, so die Polizei. Die Mitglieder dieser Bande kommen alle aus Bad Godesberg, sind in dem Bonner Stadtteil aufgewachsen und zur Schule gegangen.

Die Polizei hat im Laufe des Morgens einige Waffen, unter anderem Baseballschläger, Drogen sowie mehrere hundert Gramm Marihuana und Geld sichergestellt. Als Erkennungszeichen trugen die Mitglieder der Bande schwarze Westen. Die Polizei geht davon aus, dass die Gang auch Taten verübt hat, die bislang noch nicht zur Anzeige gekommen sind. „Personen, die Opfer einer Straftat dieser Gruppe geworden sind, aber aus Angst bislang keine Anzeige gestellt haben, sollten sich bei der Polizei melden“, so der Erste Kriminalhauptkommissar Rainer Bell.

Da die Bande als äußerst gewaltbereit gilt, sind neben den Polizeibeamten auch SEK-Einheiten im Einsatz. Eine solche strukturierte Rockergruppe in Bonn ist der Polizei bislang noch nicht bekannt geworden. Eine ähnliche Gruppierung soll es auch in Köln geben. Hauptsächlich sind Wohnungen, aber auch Garagen durchsucht worden. Treffpunkte der „Black Jackets“, zum Beispiel Spielhallen oder Cafés, wurden nicht durchsucht. Ein Vereinsheim – wie es für Rockergruppen üblich ist – existiert nicht. Die Polizei nahm auf der Honnefer Straße in Lannesdorf einen Verdächtigen fest. Einige Tatverdächtige sind der Polizei bereits bekannt. Sie sind alle zwischen 19 und 24 Jahren alt. Die Polizei ermittelt gegen insgesamt 30 Personen. Der „Kopf der Bande“ ist 23 Jahre alt und kommt aus Bad Godesberg.

Mit den heutigen Festnahmen, Durchsuchungen und Sicherstellungen sind die Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft noch nicht abgeschlossen. Die Recherchen zu

den Tatbeiträgen der einzelnen Verdächtigen dauern an.

Insgesamt hat die Staatsanwaltschaft sechs Haftbefehle ausgestellt und 34 Wohnungsdurchsuchungen durchgeführt, überwiegend in Bonn, aber auch unter anderem in Aachen, Bochum, Sinzig, Meckenheim und Sankt Augustin. Auf einer Pressekonferenz will Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa mit mehreren Spezialisten über die Hintergründe und Ergebnisse der Aktion informieren.

Merkwürdig ist die Tatsache, dass in einem Haus auf der Honnefer Straße in Lannesdorf am Vortag der Ausschreitungen am 5. Mai dieses Jahres eine Reihe von Salafisten übernachtet haben. Ein Schelm, der Böses dabei denkt ...

---

## Die muslimischen Gipfel

Wer hatte das gedacht, der Islam hat schon vor mehr als 1000 Jahren in der Schweiz Fuß gefasst! Bereits im Jahre 936 der christlichen Zeitrechnung, also etwa im Jahre 324 nach der Hidschra, der islamischen Zeitrechnung, wird von der Eroberung des Bistums Chur berichtet, und zwar durch die Sarazenen. Was wahrscheinlich nur wenigen Schweizern und Europäern im Bewusstsein ist – auf schweizerischen muslimischen Internetseiten (wie hier auf der Internetseite [islam.ch](http://islam.ch)) ist es präsent: Schon vor mehr als einem Jahrtausend eroberten Muslime Teile der heutigen Schweiz. „Bei den Sarazenen, welche die Schweiz besuchten, handelte es sich um berberische Mauren, also um Muslime aus Andalusien, welche der Rasse der Berber aus Nordafrika angehören. Es wird berichtet, daß die Sarazenen vor allem als Räuber und Plünderer auftraten, welche Reisenden in Hinterhalten auflauerten und sie ausraubten“, heißt es weiter auf [islam.ch](http://islam.ch). (Fortsetzung auf [derprophet.info](http://derprophet.info))

---

# Aiman Mazyek und der Moslem-Paragraph

✘ Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland und Forderer vom Dienst, jammert in der sozialistischen Tageszeitung [Neues Deutschland](#) vom vergangenen Wochenende über die Risse in der Gesellschaft im Land der Moslems, in Deutschland. Er und seine deutschen Glaubensbrüder machen sich große Sorgen um ihr Land. Denn immer noch sind Straftaten gegen Rechtgläubige und ihre Gebetsburgen doch tatsächlich nicht wesentlich strafwürdiger als vergleichbare Straftaten, die von Moslems gegen Andersgläubige und deren Infrastruktur begangen werden.

*(Von L.S. Gabriel)*

Schon vor einem Jahr habe er bei einem Treffen im Innen- und Familienministerium erklärt, dass Islamfeindlichkeit als eigener Straftatbestand anerkannt werden sollte. Nun müsse er aber endlich Gehör finden, stampft er auf.

So beklagt er, dass in den letzten Jahren 148 Menschen in Deutschland durch rassistische und rechtsextreme Gewalt ums Leben gekommen seien. Woher er die Zahlen nimmt, belegt er nicht, aber vermutlich sind da auch jene mit eingerechnet, die aufgrund rassistisch motivierter Gewalt durch Moslems ihr Leben lassen mussten.

Wir hätten da auch eine interessante Statistik für ihn – auf heplev kann man eine Liste [des moslemischen Terrors](#) einsehen:

Vom 5.-11. Januar 2013 gab es 37 Jihad Anschläge (davon 5 Selbstmörder), 209 Tote, 358 kritisch Verletzte

**Dezember 2012:**

- 203 Jihad-Anschläge in 22 Ländern gegen 5 Religionen
- 680 Tote, 1.160 kritisch Verletzte

**November 2012:**

- 215 Jihad-Anschläge in 22 Ländern gegen 5 Religionen
- 893 Tote, 1848 kritisch Verletzte

**Oktober 2012:**

- 209 Jihad-Anschläge in 26 Ländern gegen 5 Religionen
- 911 Tote, 1464 kritisch Verletzte

**September 2012:**

- 204 Jihad-Anschläge in 19 Ländern gegen 5 Religionen
- 839 Tote, 1.698 kritisch Verletzte

usw..

„Rechtsterroristen haben die schlimmsten Anschläge nach dem Zweiten Weltkrieg verübt“, so Mazyek. Wie war das? Jetzt nicht nur chronische Forderrhoe, sondern auch noch eine ausgeprägte Wahrnehmungsschwäche, wenn es ums eigene Gscherr geht? Oder was war das am 11. September 2001 in New York, was tat Mohammed Merah 2012 in Frankreich, was geschah am 7. Juli 2005 in London, was am 11. März 2004 in Madrid? Und was ist mit [7500 deutschen Opfern](#) durch ausländische Täter, vermutlich ein hoher Prozentsatz Moslems, alleine seit 1990?

Diese Listen ließen sich noch lange fortsetzen, aber es scheint so sinnlos, wie einem Blinden Farben zu erklären. Vielleicht wäre es ja einmal eine lohnende Aufgabe für den deutschen Obermoslem, seinen Sprenggläubigen das Töten abzutrainieren. Das könnte vielleicht dann auch wirklich dazu beitragen, einige Risse in der Gesellschaft zwischen Moslems und dem Rest der Welt zu kitten.

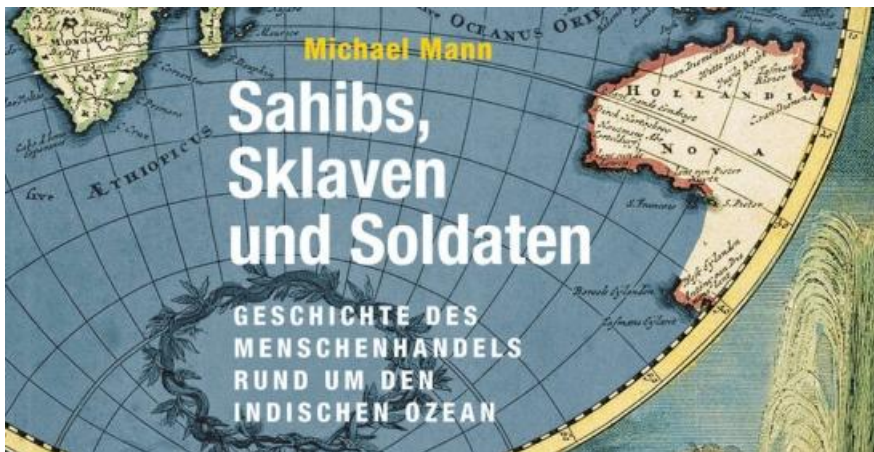
Kontakt:

» [a.mazyek@zentralrat.de](mailto:a.mazyek@zentralrat.de)



---

# Sklaverei um den Indischen Ozean



Ein neues Buch des Berliner Kulturhistorikers Michael Mann, „Sahibs, Sklaven und Soldaten“, widmet sich in spannender Ausführlichkeit der Geschichte des Menschenhandels rund um den Indischen Ozean: „Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass Sklaverei und Sklavenhandel auch in der afrikanisch-arabisch-asiatischen Weltregion, umspült, vom Indischen Ozean, einen immensen ökonomischen und sozialen Faktor darstellten. [Es ist höchste Zeit](#), daß auch die afrikanische und arabische Menschenhändlererei historisch erforscht wird, anstatt dauernd politkorrekt den weißen Mann anzuklagen. Und um es zu wiederholen: moslemische Sklaverei gibt es bis zu dieser Minute. Im Westen interessiert sich dafür niemand in Forschung und Presse.

---

# SPD will doppelte Staatsbürgerschaft



Die SPD will nach einem Sieg bei der Bundestagswahl die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland einführen. „Ich finde, das ist etwas, was wir endlich machen sollten“, sagte Parteichef Sigmar Gabriel [am Dienstag in Berlin](#). Die Ethno-Deutschen würden damit endgültig zu Bürgern zweiter Klasse, da sie dann im Gegensatz zu den Einwanderern für den Fall des Scheiterns des multikulturellen Experiments keinen Ersatzpass in der Tasche hätten.

Für das Projekt – so Gabriel – sei eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat notwendig. Und dafür stehen die Chancen für die Zeit nach der Bundestagswahl im Moment gar nicht schlecht.

Was für einen Vorteil die doppelte Staatsbürgerschaft für Deutschland haben soll, erklärt Gabriel nicht. Dies wäre dann auch offiziell das Eingeständnis, dass eine Deutschwerdung unserer Einwanderer gar nicht stattfindet und auch nicht mehr gewollt ist. Deutschland verwandelt sich von der Heimat des deutschen Volkes in einen Vielvölkerstaat, das Jugoslawien der 90er und der Kosovo lassen grüßen. Die Deutschen würden, [ohne jemals gefragt worden zu sein](#), eine Volksgruppe unter vielen in ihrer angestammten Heimat werden.

Warum gibt man Leuten, deren Loyalität und Verbundenheit einem anderen Land gilt, die Möglichkeit, durch Wahlen politisch über die Zukunft Deutschlands mitzubestimmen? Hierfür ist ein

eindeutiges Bekenntnis zu Deutschland durch Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft sinnvoll.

Die SPD geht mit dem Verschleudern der deutschen Staatsangehörigkeit noch einen Schritt weiter als der türkische Ministerpräsident Erdogan. Dieser hat seine Landsleute dazu [aufgerufen](#), die Staatsbürgerschaft ihrer neuen Heimat anzunehmen, aber nicht, um sich dort zu integrieren, sondern um politisch aktiv zu werden.

Um möglichst viele Türken zu diesem Schritt zu bewegen, wurde die sogenannte [„Blaue Karte“](#) eingeführt, die türkischen Staatsbürgern nach der Aufgabe ihrer Staatsbürgerschaft weiterhin privilegierte Rechte in ihrem Herkunftsland zubilligt.

Bisher müssen Türken, die die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen, die türkische abgeben. Mit der „Blauen Karte“ sollen die Nachteile, die ihnen daraus in der Türkei erwachsen können, abgemildert werden. In ihrer neuen Form begründete die „Blaue Karte“ eine Art Ersatz-Staatsbürgerschaft, der nur das Wahlrecht in der Türkei fehlt.

Durch die [demografische Entwicklung](#) wäre es nur eine Frage von Jahrzehnten, dass auf ganz demokratischem Wege, durch die dann in Deutschland anwesende BEVÖLKERUNG, eine Zustimmung zu einem EU-Beitritt der Türkei oder der Wegfall sämtlicher Einreisebestimmungen für Türken beschlossen werden könnte. Dies hätte einen weiteren Zuzug von Millionen Türken nach Deutschland zur Folge, was unseren Weg zur Minderheit im eigenen Land weiter beschleunigen würde. Sie halten das für ein islamophobes Horrorszenario?

Erdogan spricht ganz offen von seinem für Europa geplanten [Endziel „2071“](#). Dann jährt sich zum tausendsten Mal die Schlacht von Manzikert, in der die Türken das byzantinische Reich entscheidend schlugen, gen Westen drängten und Anatolien in Besitz nahmen.

Das Argument, man könne Doppelpassinhaber durch Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit leichter abschieben, stimmt nicht. Schon seit Jahren weigert sich die Türkei, ihre aus Deutschland abzuschiebenden Staatsangehörigen wieder aufzunehmen ([siehe Video ab Minute 6:45](#)).

---

## Marion Maréchal-Le Pen bleibt zu Hause



[Wie PI berichtete](#),

kam es im Zusammenhang mit der Einladung der französischen Parlamentarier zur Feier des Elysée-Vertrags in Berlin zu Unstimmigkeiten. Unsere links-mittigen Blockparteien im Bundestag sendeten schon im Vorfeld unterschwellige Signale nach Paris, dass man sich mit seiner Rolle als Gastgeber für die mit eingeladenen Parlamentarier des rechten Front National schwer tue. Die Quittung kam nun – wie bei [swissinfo.ch](#) nachzulesen ist – postwendend: Marion Maréchal-Le Pen entschied für sich einfach zu Hause zu bleiben. Sie twitterte:

*„Wir werden die Vertreter derer sein, die sich gegen den Zwangsmarsch des deutsch-französischen Paares Richtung europäischem Föderalismus wenden.“*

Unterdessen kritisierte ihre Tante, die FN-Parteichefin Marine Le Pen scharf die angeblich beherrschende Rolle Deutschlands in Europa.

*„Alles in allem ist es das deutsche Europa, das man uns heute auffordert zu feiern“*

Das Ergebnis sei eine „systematische Unterwerfung Frankreichs unter Deutschland“. Die Sichtweise der Deutschen werde den übrigen Europäern in allen Bereichen aufgezwungen, von der EU-Osterweiterung über den Euro bis zum Fiskalpakt, schrieb sie am Dienstag in einer Mitteilung zum 50. Jahrestag des Elysée-Vertrags.

Wenigstens äußerte sie noch einschränkend:

*„Das Problem ist nicht Deutschland, das mit Recht seine nationalen Interessen verteidigt, sondern die französischen Eliten, die darauf verzichten, ihr eigenes Land zu verteidigen“*

Außerdem bezeichnete sie immerhin den Elysée-Vertrag als „grossen Vertrag“, der eine „fruchtbare Zusammenarbeit“ zwischen Deutschland und Frankreich ermöglicht habe.

Der Front National ist in Frankreich auch in den Medien ein fester Bestandteil des politischen Diskurses. Wohl 15-20% der Wahlberechtigten – und vor allem viele junge Menschen – stehen ihm nahe. (Bezogen auf die Bio-Franzosen spricht der FN wohl bald mehr oder weniger für ein Drittel der Wähler.)

Dass Deutschland wieder einmal durch seine spießbürgerliche Untertanenkultur einen historischen Zug verpasst weil es brav keine freiheitlich-konservative oder auch „rechte“ Formationen in seine Parlamente schickt, könnte sich noch bitter rächen. Unserer Politik fehlt damit nicht nur die Stimme, sondern auch die Antenne für den in ganz Europa massiv vorhandenen Euro-Skeptizismus. Dadurch verfügen wir über keine parlamentarische

Brücken und Ansprechpartner zu den um uns herum in allen Ländern erstarkenden Europa-Kritiker.

Die Gefahr ist darum auch von dieser Seite her gesehen groß, dass ein revidiertes Europaprojekt zwar durch die Euro-Falle mit unserem Geld aber unter weitgehendem Ausschluss unserer Interessen stattfinden wird.

---

## **Video: Die Ursprünge der politischen Korrektheit**


Eine interessante Dokumentation, die über die marxistischen Ursprünge der Political Correctness informiert.

Gefunden auf [korrektheiten.com](http://korrektheiten.com)

---



## **Türkei: Tötlicher Angriff auf deutsche Soldaten**

 Wer solche Freunde hat braucht keine Feinde mehr! Gestern wurden deutsche Soldaten, die sich derzeit im Rahmen des Patriot-Einsatzes in der Türkei befinden, von Anhängern der linksextremen [Türkiye Gençlik Birliği](http://Tuerkiye-Genclik-Birligi.com) (TGB) tötlich angegriffen und bedroht. Die Aktivisten der TGB – ein Ableger

der Atatürk-Gruppierung – haben die deutschen Soldaten gesehen und (wahrscheinlich) einer Person einen Sack über den Kopf gestülpt. Die Bewegung hatte die Aktion [schon vor einer Woche](#) angekündigt.

[Die Bundeswehr](#) meldet:

*Am 22. Januar, um 15.45 Uhr mitteleuropäischer Zeit (16.45 Uhr Ortszeit) wurden fünf deutsche Soldaten in der Stadt Iskenderun durch eine Gruppe von etwa 40 türkischen Zivilisten bedroht.*

*Beim Verlassen eines Geschäftes wurden die in Zivil gekleideten Soldaten durch die Gruppe angepöbelt und bedrängt. Dabei wurde einem der Soldaten ein Sack über den Kopf gezogen, in dem sich weißes Pulver oder Puder befand. Die Soldaten konnten in umliegende Geschäfte flüchten.*

*Begleitende türkische Sicherheitskräfte griffen unmittelbar zu ihrem Schutz ein und verhinderten dadurch eine weitere Eskalation. Anschließend begleiteten sie die deutschen Soldaten in ihre Unterkünfte.*

*Bei dem Vorfall wurde kein deutscher Soldat verletzt.*

*Die Hintergründe des Vorfalles werden untersucht.*

Zuvor hatte die türkische Polizei nach gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Demonstranten bei Protestkundgebungen gegen den Patriot-Einsatz der Nato mehrere Dutzend Menschen festgenommen. [Der Spiegel](#) berichtet:

*[...] Die Sicherheitskräfte gingen demnach mit Tränengas, Pfefferspray und Schlagstöcken gegen Demonstranten in Iskenderun sowie an der Luftwaffenbasis Incirlik im Süden des Landes vor.*

*In Iskenderun waren am Montag Schiffe mit den „Patriot“-Raketen der Bundeswehr und der niederländischen Armee*

*angekommen. Auf dem Stützpunkt Incirlik bei Adana lagern nach US-Angaben die für den Nato-Einsatz vorgesehenen „Patriot“-Systeme der US-Streitkräfte.*

*Die Nato hatte die Stationierung der Luftabwehrraketen auf Antrag der türkischen Regierung beschlossen, um die Türkei vor möglichen Raketenangriffen aus dem benachbarten Syrien zu schützen. Linke und islamistische Gruppen in der Türkei sehen in dem „Patriot“-Einsatz dagegen einen Versuch insbesondere der USA, ihre Macht im Nahen Osten auszudehnen.*

*Nach einem Beschluss des Bundestags verlagerte die Bundeswehr zwei Flugabwehrstaffeln nach Ostanatolien. An dem Einsatz sind rund 350 deutsche Soldaten beteiligt.*

Trostlos ist auch wieder einmal, dass sich unsere Soldaten solch eine Behandlung widerstandslos haben gefallen lassen. Wann werden wir endlich hier und anderswo begreifen, dass unser überschlaues Deeskalationsgehabe im Umgang mit Orientalen zu nichts als eskalierender Respektlosigkeit und Ansehensverlust führt?!

Hier das Video zum Vorfall:

---

## **Cameron: Volksabstimmung über EU-Austritt**

Während die Deutschen Eliten gefühlsbesoffen 50 Jahre deutsch-französische Freundschaft und ihr Europa feiern, geht die konservative britische Regierung andere Wege. Offenbar ist trotz vermiedener EURO-Mitgliedschaft das EUdSSR-Projekt (nicht nur) in Großbritannien so unbeliebt, dass man mit



seinem Ende schon glaubt Wahlen gewinnen zu können. Wie der konservative britische Premier ankündigt, sollen die Briten per Volksabstimmung befragt werden, ob sie in der EU bleiben wollen. Allerdings nicht ohne eine vorherige Verhandlungsrunde mit den übrigen Europäern, ob sich nicht noch weitere Sonderrechte für die Briten rausschlagen lassen. (Zur Erinnerung: Es gibt bereits bei den Beitragszahlungen den sogenannten Briten-Rabatt, dank dessen die Insulaner pro Kopf nur ein Drittel des deutschen EU-Nettobeitrags bezahlen müssen, bei gleichzeitig lediglich 5% niedrigerem pro Kopf BIP).

[n-tv](#) berichtet weiter:

*Der britische Premier beugt sich den anti-europäischen Stimmen auf der Insel: Gleich nach der nächsten Wahl will er seine Landsleute per Volksabstimmung befragen, ob Großbritannien Teil der EU bleiben soll oder nicht. Die „Desillusionierung der Öffentlichkeit“ hat seiner Ansicht nach „ein Allzeithoch erreicht“.*

*Seine große Europa-Rede wird seit Wochen mit Spannung erwartet, jetzt dringen weitere Details an die Öffentlichkeit: Der britische Premierminister David Cameron will demnach tatsächlich eine Volksabstimmung über den Verbleib seines Landes in der Europäischen Union ankündigen.*

*Wie es in vorab veröffentlichten Auszügen aus seiner für den heutigen Mittwoch geplanten Grundsatzrede zur EU heißt, soll das Referendum nach einer Neuverhandlung der britischen EU-Mitgliedschaft stattfinden.*

*Diese grundsätzliche Neuverhandlung bestehender Verpflichtungen innerhalb Europas will der Tory-Chef allerdings erst in der ersten Hälfte der Legislaturperiode nach den Parlamentswahlen 2015 in Angriff nehmen, wenn die Briten seine Partei wiederwählen sollten. Dies würde den Zeitraum 2015 bis 2017 umfassen. Die Neuverhandlung sei*

*notwendig, weil „die Desillusionierung der Öffentlichkeit über die EU ein Allzeithoch erreicht hat“, begründete Cameron sein Vorhaben.*

*„Das nächste Wahlprogramm der Konservativen 2015 wird das britische Volk um ein Mandat für eine konservative Regierung bitten, eine Neuregelung mit unseren europäischen Partnern im nächsten Parlament auszuhandeln“, heißt es wörtlich in den Redeauszügen. Vor einer solchen Abstimmung müsse jedoch der künftige Kurs der EU abzusehen sein.*

*„Und wenn wir diese Neuregelung ausgehandelt haben, geben wir dem britischen Volk ein Referendum mit der einfachen Drinnen-oder-draußen-Entscheidung, unter diesen neuen Gegebenheiten in der EU zu bleiben oder vollkommen auszutreten.“ Der Premier selbst will für einen Verbleib in einer „flexibleren, anpassungsfähigeren und offeneren“ EU werben.*

*Erste Auszüge aus seiner Rede sind bereits seit verganginem Freitag im Umlauf. Nun wurden wenige Stunden vor der eigentlichen Ansprache weitere Passagen an Journalisten verteilt.*

*Den darin enthaltenden Angaben zufolge erkennt Cameron mit Blick auf das Projekt Europäische Einigung drei dringliche Hauptprobleme: Die Euro-Schuldenkrise, die schwächelnde Wettbewerbsfähigkeit und die schwindende öffentliche Unterstützung – vor allem in Großbritannien.*

Sicher würden unsere resteuropäischen Eliten bei einem tatsächlichen Austritt der Briten nur eine umso größere Notwendigkeit erkennen, die Türkei schnellstmöglich in die EU zu lotsen. Sie könnten praktischerweise dann ja in Brüssel und Straßburg gleich die Parlamentssitze der renitenten Insulaner übernehmen.